



„Wir werden mit 1. Jänner 2025 mit den neuen Tarifen für die Vergütungspreise starten können.“

Gesundheitslandesrat Dr. Hubert Messner



„Wäre die Entwaldungsverordnung so umgesetzt worden wie geplant, wäre sie zu einem bürokratischen Umding geworden.“

EU-Parlamentarier Herbert Dorfmann

Luegbrücke: „Für endgültige Freude noch zu früh“

BOZEN. Der Hoteliers- und Gastwirteverband (HGV) begrüßt die Mitteilung der ASFINAG, dass an verkehrsreichen Tagen eine Zweispurigkeit pro Richtung über die Luegbrücke gewährleistet werden soll. Dennoch betont der HGV, dass es für endgültige Freude noch zu früh sei. Erst mit der Veröffentlichung des genauen Fahrkalenders würden die Auswirkungen dieser Maßnahme auf den Tourismus und die lokale Wirtschaft in Südtirol bewertet werden können. „Der Fahrkalender darf nicht nur in Abstimmung mit dem Land Tirol und dem Bundesministerium erstellt werden, sondern muss auch weiterhin das Land Südtirol und die A22 einbeziehen“, fordert der HGV und erwartet zudem, dass nach der ersten Anwendung der Maßnahmen die Bereitschaft besteht, bei Bedarf Anpassungen vorzunehmen.

Frächter gegen Ausweitung der Lkw-Fahrverbote



BOZEN. ANITA, die Vereinigung der Confindustria der Auto- und Warentransportunternehmen, zeigt sich besorgt anlässlich des Maßnahmenpakets, das von der österreichischen ASFINAG in Sachen Luegbrücke vorgestellt wurde. Dieses sieht ab 1. Jänner 2025 die Einführung weiterer, nicht genauer genannter Einschränkungen für den Lkw-Transitverkehr über den Brenner vor. Zwar begrüßt ANITA in einer Aussendung die Zusage, den Verkehr in beide Richtungen für mindestens 170 Tage im Jahr zweispurig abzuwickeln, wehrt sich aber zugleich gegen die Ausweitung der Fahrverbote für Schwerverfahrzeuge an bestimmten Tagen. ANITA ruft deshalb den Minister für Infrastrukturen und Transport, Matteo Salvini, dazu auf, dieses Szenario im Auge zu behalten, „im Sinne der Transportunternehmen und der gesamtsstaatlichen Wettbewerbsfähigkeit“.

Wenn Stützstrumpf zu viel kostet

GESUNDHEIT: Erstattungstarife für Heilbehelfe seit 5 Jahren nicht aktualisiert – Patienten müssen zuzahlen – Rieder: Schnell anpassen

BOZEN (ih). Seit Anfang 2019 hat das Land die Tarife für medizinische Heilbehelfe nicht mehr aktualisiert. Mit der Folge, dass, obwohl ticketbefreit, Patienten die Differenz zum realen Preis aus der eigenen Tasche drauflegen müssen. Südtirols Apotheker mahnen dringend eine Anpassung an.

Markus* (24) sitzt seit einem Verkehrsunfall im Rollstuhl. Um seine Blase zu entleeren, benötigt er seither Katheter. Mit dem Erstattungsbudget kam er, solange die Preise regelmäßig aktualisiert wurden, ohne Zuzahlung aus. Mittlerweile sind die Katheter jedoch wesentlich teurer geworden, so dass er bei gleichem Verbrauch auf einen monatlichen Mehrpreis von 73,62 Euro kommt. Markus hat daraufhin den täglichen Gebrauch der Katheter reduziert. Folge: Es traten Harnwegsinfektionen auf.

Dies ist nur einer von mehreren Fällen, die der Verband der Südtiroler Apothekeninhaber in einem Schreiben an die Landtagsabgeordnete Maria Elisabeth Rieder (Team K) auflistet. Diese wollte daher in einer Anfrage an Gesundheitslandesrat Dr. Hubert Messner wissen, warum die Tarife der medizinischen Heilbehelfe wie beispielsweise Katheter, Kompressionsstrümpfe oder Windelstreifen (bei Inkontinenz) seit 5 Jahren nicht mehr an die realen Preise angepasst wurden.

Antwort: Die im Dezember 2018 genehmigten Vergütungsspreise „wurden bisher als angemessen erachtet, um eine adäquate Versorgung der Patienten zu gewährleisten“. Bei den Apotheken weiß man es besser: „Bis



Stützstrümpfe werden bei verschiedenen Erkrankungen der Venen und Lymphbahnen eingesetzt. shutterstock

3 FRAGEN AN ...

Gesundheitslandesrat Dr. Hubert Messner

„Dolomiten“: Wann können Patienten und Apotheken mit einer Anpassung der Tarife für Heilbehelfe rechnen?

Dr. Hubert Messner: Eigentlich hätte es schon seit dem vergangenen 1. April ein neues Tarifverzeichnis geben sollen. Doch die Regierung in Rom hat die Einführung auf den 31. Dezember verschoben. Wir werden also mit 1. Jänner 2025 mit den neuen Tarifen für die Vergütungspreise starten können. Seit April haben wir aber bereits den Preisnachlass von 10 Prozent, den uns die Apotheken

vorübergehend gewährt hatten, nicht mehr ausgenutzt. Und noch etwas muss man anmerken: Wir gewähren in Südtirol bereits jetzt höhere Tarife und übernehmen für mehr Heilbehelfe als andere Regionen die Kosten.

„D“: Für Betroffene, die teils erhebliche Summen zuzahlen, zählt aber jeder Monat...

Dr. Messner: Deswegen werden wir bei Dringlichkeiten die Tarife bereits vor Jänner erhöhen. Das ist unbedingt notwendig. Wir werden dies sehr zeitnah in

der Landesregierung beschließen.

„D“: Geplant ist für die Zukunft auch eine Digitalisierung der Rezepte für die Heilbehelfe. Ist dies zeitlich an die Anhebung der Tarife gekoppelt?

Dr. Messner: Früher oder später werden wir die Abgabe tatsächlich informatisieren – wenn wir technisch dann so weit sind. Schaffen wird das nicht bis zum Jahresende, wird die Anpassung der Vergütungspreise dennoch mit dem ersten Jänner 2025 starten. (ih)/©

2019 wurden die Erstattungstarife automatisch zweimal im Jahr angepasst. Seither ist keine Anpassung mehr erfolgt. Die Preise der Heilbehelfe sind seither aber

deutlich angestiegen“, sagt Apotheker Stephan Peer. „Viele Apotheken haben diese Preisdifferenzen übernommen und erhalten vom Sanitätsbetrieb eine Erstat-

tung, die nicht einmal die Einkaufskosten deckt. Dies geschieht, um die Patienten nicht ohne ihre therapeutischen Hilfsmittel zu lassen, aber diese Situa-



„Es kann nicht sein, dass Patienten trotz Ticketbefreiung bei Heilbehelfen zuzahlen müssen. Für viele ist das schwer oder gar nicht stemmbar.“

Maria Elisabeth Rieder

tion ist langfristig nicht tragbar“, heißt es dazu im Schreiben des Apothekerverbandes.

Dort hat man das Anliegen bereits vor einem Jahr beim gemeinsamen Arbeitstisch mit dem Land eingebracht. Ergebnis: Bis Ende des Jahres sollen die Preise der Medizinprodukte für die Behandlung der Inkontinenz und Harnretention aktualisiert werden. Zu einem späteren Zeitpunkt die für andere Heilbehelfe.

„Allerdings will man dies koppeln an die Einführung einer digitalisierten Abgabe“, weiß Verbandspräsident Matteo Bonvicini. Und das könnte auch noch bis 2025 dauern... Für Rieder geht das nicht schnell genug: „Schließlich trifft es Personen, die aufgrund ihrer Beeinträchtigung bzw. Erkrankung bereits in einer schwierigen Situation sind. Für viele sind diese Zusatzzahlungen nur schwer oder gar nicht stemmbar“, weiß sie und mahnt daher zu Eile.

* Name geändert von der Redaktion geändert © Alle Rechte vorbehalten

Immer am Puls des Zeitgeschehens

WISSENSCHAFT: Das Institut „Zeitgeschichte“ an der Universität Innsbruck feiert seinen 40. Geburtstag – Schmiede für viele Südtiroler

INNSBRUCK (bl). Mit einer Festveranstaltung am 24. Oktober im Agnes-Heller-Haus ab 18 Uhr feiert das Institut für Zeitgeschichte an der Landesuniversität das 40-jährige Bestehen.

Viele Südtiroler Studentinnen und Studenten, Südtiroler Dozentinnen und Dozenten haben sich hier getroffen, ausgetauscht und inspiriert und es sind Verbindungen darüber hinaus bis in das Berufsleben und weit über die Landesgrenzen entstanden.

Um Zeitgeschichte als eigenständiges Fach in Forschung und Lehre zu etablieren, wurde an der Universität Innsbruck 1984 das Institut für Zeitgeschichte errichtet, von Univ.-Prof. Rolf Steininger, der 1983 nach Innsbruck berufen worden war, aufgebaut und bis zu seiner Emeritierung im Herbst 2010 geleitet.

2002 wurde es von einer Kommission der „European Science Foundation“ evaluiert und als „Center of Excellence“ einge-

stuft. Gewürdigt wurde damit die Arbeit des Instituts auf höchstem Niveau: Mit einer Vielzahl von national und international verankerten Forschungsprojekten, einer umfangreichen Publikationstätigkeit (einschließlich einer eigenen Institutsreihe), regelmäßigen namhaften ausländischen Gastprofessorinnen und -professoren, prominent besetzten Konferenzen und Vortragsveranstaltungen sowie einer Reihe angesehener Auszeichnungen und

Ehrungen für die Institutsmitarbeiterinnen und -mitarbeiter.

Den Weg des Instituts unter sich verändernden fachlichen und wissenschaftsorganisatorischen Rahmenbedingungen unterstreicht das Programm der Festveranstaltung. Unter anderem wird der Festvortrag von Barbara Tóth sich mit „Kontext ist alles! Vom Wert der Zeitgeschichte in der Boulevarddemokratie“ auseinandersetzen. In einem Gespräch mit dem emeri-

tierten Univ.-Prof. Dr. Rolf Steininger blickt Ingrid Böhler, Leiterin des Instituts für Zeitgeschichte, unter dem Titel „Zeitgeschichten“ auf die Anfänge des Instituts zurück. Das Thema „Zeitgeschichten“ widmet sich der Präsentation der Ergebnisse aus einem Lehrveranstaltungsprojekt zur Instituts-

geschichte, das Ina Friedmann gemeinsam mit David Astl, Julian Bitsche, und Verena Kaiser aufgearbeitet haben. © Alle Rechte vorbehalten

Aufschub für EU-Richtlinie

ENTWALDUNGSVERORDNUNG: Ein Jahr später in Kraft – „Aufschub für vernünftige Umsetzung nutzen“

BOZEN. Nach langen Debatten hat die EU-Kommission gestern vorgeschlagen, das Inkrafttreten der umstrittenen EU-Entwaldungsverordnung von Anfang 2025 auf Anfang 2026 zu verschieben. Südtirols EU-Parlamentarier zeigt sich erfreut: „Wäre die Verordnung so umgesetzt worden wie geplant, wäre sie zu einem bürokratischen Umding geworden.“

Nun hofft Dorfmann, dass das Jahr Aufschub „dafür genutzt wird, eine machbare und vernünftige Umsetzung in die Wege

zu leiten und Gebiete, in denen – wie bei uns – schon heute Wald nachhaltig bewirtschaftet wird, von der Verordnung auszunehmen.“ Dorfmann hatte sich in den vergangenen Wochen in Brüssel engagiert für den Aufschub starkgemacht.

Die EU-Entwaldungsverordnung sieht vor, dass für landwirtschaftliche Produkte und solche aus Holz künftig nachgewiesen werden muss, dass sie nicht aus entwaldeten Gebieten stammen. „Dieses Anliegen ist nachvollziehbar und vernünftig“, be-

tont Dorfmann. Schließlich sei es nicht im Interesse künftiger Generationen, die Abholzung (vor allem von tropischem Regenwald) weiter voranzutreiben. Im Gegenteil: „Maßnahmen zu treffen, die einer Entwaldung Einhalt gebieten, ist das Gebot der Stunde“, erklärt der Europaparlamentarier. Sein Einsatz für einen Aufschub der Regelung hat andere Gründe: Denn in der jetzigen Form hätte in der gesamten EU – also auch in Südtirol – jede einzelne Holzschlagung noch einmal kontrolliert

werden müssen. Und: Für jedes verwendete Holz bei einem Zimmerer, Tischler oder Holzschnitzer hätte der Nachweis erbracht werden müssen, wo das Holz geschlagen wurde, und durch eine eigene Zertifizierung bewiesen werden müssen, dass mit diesem Holz keine Entwaldung vorangetrieben worden ist.

Für Gebiete wie Südtirol, in denen eine nachhaltige Forstwirtschaft garantiert sei, habe eine solche Nachweispflicht keinen Sinn, erklärt der EU-Parlamentarier. © Alle Rechte vorbehalten



In Südtirol ist nachhaltige Forstwirtschaft garantiert, „eine zusätzliche Nachweispflicht macht keinen Sinn“, sagt EU-Parlamentarier Herbert Dorfmann. fm